

Mainz, den 04. Mai 2004

„Überfällig“

Bundesausländerbeirat fordert endgültigen Abbruch der Verhandlungen zum Zuwanderungsgesetz/ Vorsitzender Kilic: „Schily muss zurücktreten!“

Der Bundesausländerbeirat hat heute den endgültigen Abbruch der Verhandlungen mit den Unionsparteien über Zuwanderungsgesetz gefordert. Vorsitzender Memet Kilic bezeichnete die gestrige Ankündigung der Grünen als „einen Schritt, der längst überfällig war“ und fordert den Rücktritt des Bundesinnenministers Schily.

Kilic: „Ein weiteres Zugehen auf die taktischen Forderungen der Unionsparteien wird nur dazu führen, dass das bisherige Ausländerrecht noch weiter verschärft würde. Was wir aber brauchen, ist ein zukunftsfähiger Neuanfang!“

Der Bundesausländerbeirat erinnerte daran, dass der Bayerische Ministerpräsident Stoiber bereits am 19. Februar 2003 in einem Sterninterview unmissverständlich betont habe, ein umfassendes Gesetz könne es erst geben, wenn die Union wieder die Regierungsverantwortung im Bunde trage.

„Trotzdem hat Herr Schily im Auftrag der CDU/CSU die liberalen Entwicklungen auf europäischer Ebene verwässert. Hierfür können die Richtlinienvorschläge der Kommission zur Familienzusammenführung, Harmonisierung der Asylregelungen und die Rechte der Drittstaatsangehörigen genannt werden“, so der Vorsitzende Memet Kilic.

Herr Schily habe auf dem Gebiet der Migration und Integration bereits Vieles vermasselt. Hierfür beispielhaft seien das NPD-Verbotsverfahren, die Besetzung der Zuwanderungskommission ohne Selbstvertretungsorgane der Migranten, das Zuwanderungsgesetz sowie die Abschiebung des „Kalifen von Köln“.

Eine vernünftige Zuwanderungs- und Integrationspolitik könne mit diesem Innenminister nicht mehr gestaltet werden, so Kilic weiter. „Wir glauben nicht, dass der Vermittlungsausschuss, in dem hinter verschlossenen Türen verhandelt wird, einen gemeinsamen Neuanfang in der Zuwanderungsdiskussion bringen kann. Wir wollen eine öffentliche Diskussion, in der sich auch die Lobbyorganisationen der Migranten zu Wort melden“, so Memet Kilic.

Der Bundesausländerbeirat forderte eine transparente und verantwortungsvolle Diskussion über dieses Thema. Dies allein könne die sachliche Notwendigkeit zur Durchsetzung eines modernen Zuwanderungsgesetzes deutlich machen.